

Antrag auf Erteilung einer

- Fahrschülerlaubnis für die Klassen** _____
- Zweigstellenerlaubnis für die Klassen** _____

Antrag eingegangen am

Antragsteller/in (Name • Vorname):	Geburtsname:
Geburtstag, Geburtsort:	
Anschrift (PLZ • Ort • Straße • Haus-Nr.):	
Telefon-, Handy-Nr.:	E-Mail:
Name der Fahrschule:	
Sitz der Hauptstelle (Anschrift):	
Sitz der Zweigstelle, für die eine Zweigstellenerlaubnis beantragt wird:	

Sitz weiterer Zweigstellen, für die bereits eine Erlaubnis erteilt ist (bitte sämtliche Zweigstellen auflisten):

1.

2.

3.

4.

5.

Zusätzliche Angaben bei einem Antrag auf Erteilung einer Zweigstellenerlaubnis.

Die Entfernung zwischen der Hauptstelle und der neu beantragten Zweigstelle beträgt _____ km.

Zu den oben angegebenen weiteren Zweigstellen beträgt die Entfernung zur Hauptstelle:

zu 1. _____ km, zu 2. _____ km, zu 3. _____ km, zu 4. _____ km, zu 5. _____ km.

Die Fahrschule gehört zu einer Gemeinschaftsfahrschule	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Weitere Gesellschafter der BGB-Gesellschaft:	
Name • Vorname • Anschrift: 1.	Fahrschülerlaubnis Klasse
Name • Vorname • Anschrift: 2.	Fahrschülerlaubnis Klasse
Name • Vorname • Anschrift: 3.	Fahrschülerlaubnis Klasse

Folgende Lehrfahrzeuge werden gemeinsam mit anderen Fahrschulen benutzt:		
1	Krafträder <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	amtl. Kennzeichen
	Fahrschule(n)	Benutzungsvertrag vom
2	Lehrfahrzeuge Klasse CE,C1E <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	amtl. Kennzeichen
	Fahrschule(n)	Benutzungsvertrag vom
3	Lehrfahrzeuge Klasse B mit Automatik <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	amtl. Kennzeichen
	Fahrschule(n)	Benutzungsvertrag vom
4	Lehrfahrzeuge Klasse DE, D1E <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	amtl. Kennzeichen
	Fahrschule(n)	Benutzungsvertrag vom
5	Lehrfahrzeuge Klasse T <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	amtl. Kennzeichen
	Fahrschule(n)	Benutzungsvertrag vom

Es wird beigefügt:

(Bei einem Antrag auf Erteilung einer **Zweigstellenerlaubnis** sind nur die Unterlagen und Erklärungen nach Nrn. **1, 4, 5, 6, 7, 10, 11, 12** erforderlich)

1. Personalausweis (Ablichtung)
2. **Erweitertes** Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde nach § 30 a BZRG (§ 22 Abs. 1 Satz 3 FahrIG), nicht älter als 3 Monate
3. Auskunft aus dem Gewerbezentralregister zur Vorlage bei einer Behörde nach § 150 Abs. 5 GewO (§ 22 Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 FahrIG), nicht älter als 3 Monate
4. Bestätigung der zuständigen Finanzbehörde über die Erfüllung der steuerlichen Pflichten (§ 22 Abs. 1 Satz 2 Nr. 9 FahrIG)
5. Erklärung über Art und Umfang sonstiger beruflicher Verpflichtungen und Erklärung über bereits andernorts beantragte Fahrschul- oder Zweigstellenerlaubnisse (§ 22 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 FahrIG)
6. Führerschein
7. Fahrlehrerschein oder amtl. beglaubigte Ablichtung (§ 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 FahrIG)
8. Nachweis über mindestens zwei Jahre lange **hauptberufliche** Tätigkeit im Rahmen eines Beschäftigungsverhältnisses mit dem Inhaber einer Fahrschulerlaubnis (Arbeitgeberzeugnis - § 18 Abs. 1 Nr. 4 FahrIG).
9. Bescheinigung des Trägers eines fahrschulbetriebswirtschaftlichen Lehrgangs über die Lehrgangsteilnahme von mindestens 70 Stunden zu 45 Minuten (§ 18 Abs. 1 Nr. 5 FahrIG)

Zu den sachlichen Voraussetzungen (§ 18 Abs. 1 Nr. 6 FahrIG) füge ich folgende Erklärungen bei:

10. Erklärung, dass der erforderliche Unterrichtsraum (Mindestabmessungen, Beschaffenheit, Einrichtung des Unterrichtsraumes gemäß der Anlage 2 zu § 3 DV-FahrIG) zur Verfügung steht. **Einen maßstabgerechten Plan des Unterrichtsraumes mit Angabe über seine Ausstattung füge ich bei.**
11. Erklärung, dass die vorgeschriebenen Lehrmittel zur Verfügung stehen (§ 18 Abs. 1 Nr. 6 FahrIG).
12. Erklärung darüber, welche Lehrfahrzeuge zur Verfügung stehen, mit Aufstellung über Anzahl und Art der Lehrfahrzeuge (§ 18 Abs. 1 Nr. 6 FahrIG).

Ist der Bewerber eine **juristische Person oder eine Personengesellschaft**, sind die Unterlagen nach § 22 Abs. 1 Satz 2 Nrn. 4 bis 9 FahrIG, ein beglaubigter Auszug aus dem Handelsregister oder aus dem Vereinsregister und für die für die verantwortliche Leitung des Ausbildungsbetriebes bestellte Person zusätzlich die Unterlagen nach § 22 Abs. 1 Satz 2 Nrn. 1 bis 4 FahrIG beizufügen. Ferner ist zu erklären, welche beruflichen Verpflichtungen für die für die verantwortliche Leitung des Ausbildungsbetriebes bestellte Person sonst noch zu erfüllen hat. Für die Vertretung der juristischen Person oder der Personengesellschaft

und für die für die verantwortliche Leitung des Ausbildungsbetriebes bestellte Person gilt § 33 Abs. 1 Satz 3 FahrlG entsprechend.

Informationen zum Datenschutz gem. Art. 13 DSGVO finden Sie unter: www.nuernberger-land.de/datenschutz oder in Papierform bei dem/der zuständigen Sachbearbeiter/in. Es werden die Daten gem. § 18 DVFahrlG erhoben.